

25.10.2018

Niederschrift 004/2018

Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität

am 25.09.2018 | Haus Opherdicke | Spiegelsaal | Dorfstraße 29 | 59439 Holzwickede

Beginn 17:00 Uhr

Ende 18:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Gerd Oldenburg

anwesend bis 18:20 Uhr

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Thomas Semmelmann

Kreistagmitglieder CDU

Herr Wilfried Feldmann

Herr Dieter Kleinwächter

anwesend bis 17:30 Uhr

Herr Olaf Lauschner

Vertretung für Herrn Niessner

Frau Gabriele Richter

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Markus Rusche

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

anwesend bis 18:15 Uhr

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Andreas Wette

anwesend bis 18:20 Uhr

Verwaltung

Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Dirk Brewedell, Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Gert Kozik, Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Jutta Pauels, Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Gäste

Herr Matthias Laise, Bereichsleiter Betrieb und Verkehrswirtschaft WVG | VKU (anwesend bis 17:30 Uhr)

Herr Günther Klumpp, Horschler Beratungs- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH

Abwesend:**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Udo Holz

Herr Theodor Rieke

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rüdiger Haag

Kreistagmitglieder CDU

Herr Martin Niessner

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Reinhard Schulz

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 13.09.2018 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 133/18 | Ticketwesen;
Berichterstatter: Herr Laise Herr Dr. Rennspieß, VKU/WVG |
| Punkt 3 | 141/18 | Internationale Garten-Ausstellung "IGA Metropole Ruhr 2027";
Positionierung des Kreises Unna |
| Punkt 4 | 140/18 | Ruhrtal-Radweg
Beteiligungserklärung 2019-2023 |
| Punkt 5 | | Regionalplan Ruhr - Darstellung des Beteiligungsverfahrens;
mündlicher Bericht |
| Punkt 6 | 129/18 | Projekt "FUN - Flexibel UNterwegs im Kreis Unna";
Sachstand, Perspektiven, Förderantrag und Vereinbarungen |
| Punkt 7 | 132/18 | Nahverkehrsplanfortschreibung - Dringliche Sonderprojekte der Angebotsplanung;
Beschlussfassung ÖPNV-Anbindung Lippewerk |
| Punkt 8 | 134/18 | Vereinbarungen grenzüberschreitende Verkehre Dortmund, Hagen, Hamm;
Formale Änderungen auf Wunsch der Bezirksregierung |
| Punkt 9 | | Wirkungsorientierte Steuerung - Handlungsfeld Soziales, Familie, Kinder, Jugend
und Wohnen; mündlicher Bericht |

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 133/18 Ticketwesen;
Berichterstatter: Herr Laise | Herr Dr. Rennspieß, VKU/WVG**

Erörterung

Herr Bremerich weist einleitend darauf hin, dass im Juli und im September zwei Tarifworkshops stattgefunden hätten. Unter anderem habe der Gutachter dort verschiedene Möglichkeiten der Vereinfachung des Ticketwesens im Kreis Unna und die entsprechenden finanziellen Auswirkungen sowie die Auswirkungen auf die Nutzer des ÖPNV vorgestellt.

Frau Leiße ergänzt, Ausgangspunkt der Diskussion seien die Anträge der Fraktionen SPD und CDU aus Dezember 2017 zur Vereinfachung des Ticketwesens sowie zur Einführung eines Regionaltickets und eines Azubitickets gewesen. Nach entsprechender Diskussion im Ausschuss habe der Kreistag ein Gutachten zur Einführung des Regionaltickets in Auftrag gegeben.

Die Ergebnisse des Tarifworkshops im Juli seien in der Drucksache zusammengefasst dargestellt. Hinsichtlich des Regionaltickets habe der Gutachter empfohlen, für das Segment der Zeit-Tickets keine zusätzliche Differenzierung der Preisstufen vorzunehmen. Zudem habe der Gutachter eine Vereinfachung für Gelegenheitskunden empfohlen. Ihm sei aufgegeben worden, dieses noch einmal zu kalkulieren und in einem weiteren Tarifworkshop am 11.09.2018 vorzustellen.

Frau Leiße erläutert sodann gemeinsam mit Herrn Laise, WVG/VKU, anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die Ergebnisse der weiteren Untersuchungen hinsichtlich der Einführung der kreisweiten Preisstufe B auch für Gelegenheitsnutzer. Anschließend werden Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Frau Leiße kündigt an, dass der nächste Tarifworkshop, unter anderem mit dem Thema Azubiticket, am 05.12.2018 von 16:00 bis 18:00 Uhr in Raum C.003 im Kreishaus stattfinden werde.

Sie bittet die Ausschussmitglieder um ein Votum, ob die VKU die Einführung der kreisweiten Preisstufe B für Gelegenheitsnutzer, wie in der Präsentation dargestellt, weiter auf den Weg bringen solle.

Auf Nachfrage von Herrn Bremerich unterstreicht Herr Laise, dass das Konzept aus Sicht der VKU umfassend und gelungen sei und man sich bei entsprechender Beauftragung für die Umsetzung einsetzen würde.

Für die CDU-Fraktion begrüßt Herr Feldmann die vorgeschlagenen Regelungen und spricht sich dafür aus, auf der vorgestellten Basis weiter an der Umsetzung zu arbeiten.

Für die SPD-Fraktion bewertet Herr Hebebrand den vorliegenden Vorschlag als fahrgastfreundlich. Deutlich werde, dass man versuche, im gesamten Kreisgebiet für die Einzelnutzer mit zwei Preisstufen auszukommen. Diese Vereinfachung komme den Fahrgästen zugute. Das Zehnerticket für 33 Euro liege preislich im Rahmen.

Frau Schneider erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sie halte den Preis von 4,50 Euro für die Beförderung in die Nachbarstadt für zu hoch, insbesondere auch unter Berücksichtigung der bis zur Einführung noch weiter zu erwartenden Preissteigerungen. Der Fahrpreis stehe in keinem Verhältnis zu den Beförderungskosten in die benachbarten Großstädte. Erfreulich sei, dass man beim Preis für das Zehnerticket nach der Diskussion im Tarifworkshop noch einmal nachjustiert habe. Dennoch sei sie von der Strategie insgesamt nicht überzeugt.

Auf die Frage von Frau Schneider nach dem weiteren Entscheidungsprozess verweist Herr Laise auf seine Darstellung in der Ausschusssitzung am 27.02.2018. Formal müsse der Aufsichtsratsvorsitzende der VKU vom Kreistag gebeten werden, der Geschäftsleitung die Weisung zu erteilen, sich in der Tarifgemeinschaft für die Umsetzung der Strategie einzusetzen. Für den dann folgenden Prozess gelte, wie im Februar dargestellt, das Einstimmigkeitsprinzip zwischen allen Tarifpartnern. Die Erlösneutralität für alle Partner sei eine wichtige Voraussetzung, dieses zu erreichen.

Herr Bremerich stellt zusammenfassend fest, dass, wie von Frau Leiße dargestellt, für eine Beschlussfassung keine Eile bestehe, da die Einführung frühestens zur Tarifänderung am 01.01.2020 möglich sei. Die Fraktionen hätten ihre Positionen zum vorliegenden Konzept verdeutlicht. Ein entsprechender Weisungsbeschluss für den Kreistag könnte in einem der nächsten Sitzungsläufe diskutiert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Semmelmann nach Maßnahmen der VKU zur weiteren Fahrgastgewinnung nennt Herr Laise unter anderem die begleitende Pressearbeit bei der Einführung neuer Tarifstrategien. Zudem könne man das Marketing für den neuen Tarif beispielsweise mit der Werbung für das e-Ticketing verbinden.

Frau Leiße erklärt, die Kommunikationsstrategie für Kunden werde ebenfalls Thema im nächsten Tarifworkshop sein.

Herr Bremerich merkt an, er sehe im e-Ticketing deutliche Chancen für eine vereinfachte Nutzung, da das Tariffeld im System hinterlegt sei und nicht mehr vom Nutzer durchblickt werden müsse.

Herr Schmülling befürwortet eine elektronische Bestpreisberechnung, ähnlich, wie dies bei den Energieversorgern üblich sei. So erhalte der Kunde automatisch das beste Angebot.

**Punkt 3 141/18 Internationale Garten-Ausstellung "IGA Metropole Ruhr 2027";
Positionierung des Kreises Unna**

Erörterung

Frau Pauels erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) die im Kreis Unna im Rahmen der Internationalen Gartenausstellung (IGA) Metropole Ruhr 2027 geplanten Projekte und geht

dabei insbesondere auf die Finanzierung und die notwendigen, vom RVR und dem Land geforderten Beschlussfassungen in den Kommunen sowie auf das weitere Verfahren ein.

Herr Bremerich erinnert an den Grundsatzbeschluss des Kreises, dass der Kreis sich finanziell nicht an der Durchführung der IGA beteiligen werde, mit Ausnahme der in der Drucksache beschriebenen RVR-Umlage.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Hebebrand den Beschlussvorschlag. Die IGA 2027 sei eine wegweisende Veranstaltung im Ruhrgebiet, im Kreis Unna insbesondere für die Städte Lünen und Bergkamen. Er begrüße es, dass die erforderliche Beschlussfassung in Bergkamen bereits erfolgt sei und gehe davon aus, dass auch der Rat der Stadt Lünen am 11.10. einen entsprechenden Beschluss fassen werde. Die positive Beschlussfassung im Kreistag sei erforderlich, um den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen, die letztlich noch die notwendigen Förderzusagen geben müsse.

Herr Feldmann erklärt, die CDU-Fraktion sei gespannt auf die weitere Entwicklung der IGA 2027. Interessant sei auch, welche Projekte in den einzelnen Kommunen möglicherweise noch hinzukämen. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Wette erklärt, die FDP-Fraktion stehe dem Projekt IGA skeptisch gegenüber, wie in vorangegangenen Sitzungen bereits mehrfach ausgeführt. Daher werde er den Beschlussvorschlag ablehnen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Vorschlag des Regionalverbands Ruhr zur Durchführung einer Internationalen Gartenausstellung im Jahr 2027 (IGA 2027) in der Metropole Ruhr wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme FDP-Fraktion)

Punkt 4 140/18 Ruhrtal-Radweg Beteiligungserklärung 2019-2023

Erörterung

Herr Bremerich weist einleitend darauf hin, dass sich der Kreis bereits seit Jahren an den Kosten für den Ruhrtal-Radweg beteilige. Nunmehr werde dieses sehr positive Projekt auch offiziell zum Kooperationsprojekt. Die Kosten seien in der Drucksache dargestellt. Insbesondere zwei Städte im Südkreis profitierten von dem sehr erfolgreichen Ruhrtal-Radweg.

Frau Leißer weist darauf hin, dass im Sitzungsraum Broschüren zum Ruhrtal-Radweg zur Mitnahme ausliegen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, sich auch weiterhin an dem touristischen Kooperationsprojekt „Ruhrtal-Radweg“ zu beteiligen und die dazu erforderliche Beteiligungserklärung zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 7 132/18 Nahverkehrsplanfortschreibung - Dringliche Sonderprojekte der
Angebotsplanung;
Beschlussfassung ÖPNV-Anbindung Lippewerk**

Erörterung

Herr Bremerich erinnert daran, dass die Sonderprojekte für den Nahverkehrsplan durch den Antrag der Fraktionen von SPD und CDU im Dezember 2017 initiiert worden seien. In dieser Drucksache werde ein Vorschlag für die Anbindung des Lippewerkes unterbreitet.

Frau Leißer stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 5 der Niederschrift) den Sachstand der bisher schon beschlossenen Sonderprojekte und insbesondere die geplante Anbindung des Lippewerkes Lünen an den ÖPNV dar, für die eine Beschlussfassung erforderlich sei.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Hebebrand die Vorschläge für die vorgesehenen ÖPNV-Anbindungen. Seine Fraktion erwarte, dass, wie von Frau Leißer als Notwendigkeit dargestellt, auch vor Ort im Hinblick auf das Mobilitätsmanagement in den Firmen einiges getan werde, damit das Angebot von den Beschäftigten angenommen werde. So müsse man darüber nachdenken, wie die ÖPNV-Nutzer mit vertretbarem Aufwand von der Haltestelle zu ihrem Arbeitsplatz gelangen könnten. Hinterfragen müsse man auch, ob weiterhin am Lippewerk so viele Parkplätze wie bisher vorgehalten werden müssten. Seine Fraktion habe die Erwartungshaltung, dass sich die Betriebe in geeigneter Form an ihrer Anbindung an den ÖPNV beteiligen würden. Wenn die Testbetriebe erfolgreich verliefen, wäre es wünschenswert, die endgültige Anbindung bis zur Fahrplanumstellung am 01.01.2020 zu realisieren, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, an dem im Sachbericht beschriebenen Modell für die ÖPNV-Anbindung des Lippewerkes in Lünen-Lippolthausen weiter zu arbeiten und ggfs. bei der VKU in Auftrag zu geben.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 8 134/18 Vereinbarungen grenzüberschreitende Verkehre Dortmund, Hagen, Hamm;
Formale Änderungen auf Wunsch der Bezirksregierung**

Der Ausschuss nimmt die auf Wunsch der Bezirksregierung Arnsberg vorgenommenen formalen Änderungen der Vereinbarungen über die grenzüberschreitenden Verkehre auf den Gebieten der Städte Dortmund, Hagen und Hamm zur Kenntnis.

